

J. W. BRÜGEL

Die Wirtschaftspolitik der Labourregierung

Im Juli 1966 hatte Premierminister *Harold Wilson* sein ziemlich ahnungsloses Land mit der Mitteilung überrascht, die wirtschaftliche Lage erfordere Maßnahmen von außerordentlicher Drastik — Maßnahmen, die man von einer Labourregierung nie erwartet hätte. Auf ein halbes Jahr wurden im Gesetzeswege alle Lohn- und Preiserhöhungen gesperrt. Diesen sechs Monaten sollte eine ebenso lange Periode strengster Zurückhaltung in Lohn- und Preisbewegungen folgen. Die gesetzlichen Ermächtigungen, alle diese ungewohnten Dinge zu erzwingen, sind im Juli 1967 abgelaufen.

Zweifellos wurden, wenn auch mit ziemlichen Opfern, die gewünschten Ziele erreicht. Die Opfer bestehen vor allem darin, daß man ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit als Folge der restriktiven Maßnahmen der Regierung in Kauf nehmen mußte. Man tröstete sich damit, daß dieser Prozeß zu einer Umlenkung der Arbeitskräfte in jene Branchen beitragen würde, die bisher an Personalmangel gelitten haben, so daß die Arbeitslosigkeit nur ganz kurzfristig sein würde. Gewiß sind viele im Laufe des Jahres 1966 arbeitslos gewordene rasch wieder vom Produktionsprozeß aufgesaugt worden; aber diese Erwartung hat sich nicht allgemein erfüllt. Eine Arbeitslosenanzahl von einer halben Million im Hochsommer ist ungewöhnlich hoch und wird noch durch die Erwartung verschärft,

die der Schatzkanzler *James Callaghan* offen ausgesprochen hat: daß diese Zahl in den Wintermonaten noch weiter ansteigen dürfte, ehe die Arbeitslosigkeit wieder abklingt.

Immerhin standen am Ende des Jahres der außerordentlichen Maßnahmen die Währung und die Wirtschaft des Landes gesünder da. Die Lohnerhöhungen des letzten Jahres — gegen die der Einwand besteht, daß sie größer sind als der Anstieg in der Produktivität — waren unbedeutend. Es ist nicht gelungen, die Preiserhöhungen im gleichen Ausmaß zu unterbinden, aber sie hielten sich in gewissen Grenzen. Ist nun nach Ablauf des Jahres der Notmaßnahmen die volle Vertragsfreiheit wiederhergestellt worden?

Das ist nicht ganz der Fall. Unmittelbar nach dem Aufhören des staatlichen Zwanges haben etwa 5 Millionen Arbeiter leichte Lohnerhöhungen erhalten, und Verhandlungen über die Forderungen weiterer Millionen sind im Gange. Doch die Regierung Wilson mußte Vorsorgen dagegen treffen, daß nun über Nacht alles „nachgeholt“ wird, was im letzten Jahr „versäumt“ wurde. Ein vom Parlament beschlossenes Gesetz führt für ein weiteres Jahr ein wesentlich erleichtertes Regime ein, aber es gibt noch nicht die volle Freiheit. Danach müssen Lohn- und Preisforderungen der Regierung gemeldet werden, und man muß zunächst einen Monat warten, ob sich die Regierung dazu entschließt, zu dieser Forderung ein Gutachten der Lohn- und Preis-Instanz (*Prices and Incomes Board*) einzuholen. Das ist ein unabhängiges, von der Regierung paritätisch besetztes Forum, dessen wohlmotivierte Gutachten große Aufmerksamkeit finden, ohne bindenden Charakter zu haben. Wenn die Regierung sich für die Einholung eines Gutachtens entscheidet, muß man weitere sechs Monate warten, bis diese Instanz gesprochen hat. Die Gutachten prüfen, ob die verlangte Erhöhung in dem Ausmaß berechtigt ist und sich in der allgemeinen Situation des Landes rechtfertigen läßt. Auch wenn sie nicht bindend sind, kann vor Ablauf von insgesamt sieben Monaten keine Erhöhung eintreten, und diese Zeit ist vom Standpunkt der Regierung gewonnen.

Die Regierung wollte sich ursprünglich für ein weiteres Jahr vom Parlament stärkere Vollmachten zu einem aktiven Eingreifen geben lassen, doch ist man von dieser Absicht abgekommen, als der Gewerkschaftsbund sehr entschieden nein sagte. Mit der Regelung, die dann vom Parlament beschlossen wurde, hat sich der Gewerkschaftsbund abgefunden (nicht aber wichtige Einzelgewerkschaften wie die Transportarbeiter). Um die gesetzlichen Beschränkungen, die man begrifflicherweise nicht gerne sieht, entbehrlich zu machen, hat der Gewerkschaftsbund eine parallele Aktion organisiert, die sich zum Ziel setzt, Lohnforderungen ein gewisses Maß nicht überschreiten zu lassen. Seit einiger Zeit legen die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände diesem freiwillig ihre Lohnforderungen vor und lassen sich von ihm beraten, wie sie in ein gesamtstaatliches Schema hineinpassen. Der Gewerkschaftsbund hat für diese heikle Aufgabe einen eigenen Ausschuß eingesetzt, dessen gutgemeinte Ratschläge die angeschlossenen Verbände natürlich zu mißachten das Recht haben. Das geschieht aber nur selten. Mit dieser Gutachtertätigkeit geht der Gewerkschaftsbund völlig neue Bahnen. Obwohl die Autonomie der Verbände nicht angetastet wird, ist dieses aktive Auftreten des Gewerkschaftsbundes ein Novum. Es hat sich aber ziemlich rasch eingelebt.

Hand in Hand mit der fortschreitenden Rückkehr zur Vertragsfreiheit im Lohnsektor gehen auch andere Lockerungen. Die Regierung hat eine Erhöhung der Altersrenten angekündigt und hat einige Zeit darauf mitgeteilt, daß die im Rahmen der Sozialversicherung ausbezahlten Zulagen an Eltern mit zwei oder mehr Kindern in Zukunft reichlicher bemessen werden sollen. Es hat Diskussionen darüber gegeben, ob man nicht von einem Grundsatz abgehen sollte, an den sich Labour bisher immer starr gehalten hat: daß diese Erhöhungen der Kinderzulagen allen zugute kommen sollen, auch denen, die es nicht brauchen. Die konservative Opposition, die, wenn sie es auch nicht zugibt, in der Sozialpolitik eine Art Wohltäterei sieht, zetert darüber, daß auch reiche Leute, bei denen solche Dinge gar nicht ins Gewicht fallen, der Erhöhungen teilhaftig werden. Das

ganze, von der Regierung *Attlee* 1948 ins Leben gerufene System beruht auf dem Gedanken, daß hier jedermann von der öffentlichen Hand ein Minimum zur Verfügung gestellt werden soll. Die natürliche Folge ist, daß auch Leute profitieren, die das gar nicht brauchen. Daß auch nicht Bedürftige solche Zuteilungen erhalten, ist nur scheinbar ein Unglück, denn denen wird es in Form einer hohen Einkommensteuer dann wieder abgenommen, während die Arbeiter keine oder eine niedrige Einkommensteuer zahlen. Trotzdem wurde auch in Kreisen der Labourregierung geprüft, ob nicht stärkere Steigerungen für bedürftigere Kategorien möglich wären, um so der Armut der kinderreichen Familien erfolgreicher auf den Leib zu rücken. Man ist aber davon abgekommen, weil das nur im Wege einer Bedürftigkeitsprüfung (*Means test*) erfolgen könnte, einer Sache, die in den dreißiger Jahren bei der Arbeitslosenunterstützung mit dem Erfolg praktiziert wurde, daß der bloße Gedanke daran bei den englischen Arbeitern zutiefst verhaßt ist.

Die Erhöhung der Kinderzulagen ist recht bescheiden ausgefallen und wird infolgedessen keine allzu kräftige Wirkung haben. *Margaret Herbison*, die in der Regierung *Wilson* das Amt des Ministers für Soziale Sicherheit seit Anbeginn versah, hat im Schoße der Regierung für ein stärkeres Ausmaß der Erhöhungen gekämpft und ist, nachdem sie sich gegen die Bedenken des Schatzkanzlers nicht durchgesetzt hatte, von ihrem Amt zurückgetreten. Diese schottische Lehrerin (Tochter eines Bergarbeiters) erfreut sich in allen Teilen der Partei und im ganzen Lande eines hohen Ansehens, das durch die warme Menschlichkeit noch gesteigert wurde, mit der sie ihr Amt versah. Sie ist keine typische Parteirebellin, sondern gehört im Gegenteil zu den Loyalsten der Loyalen. Ihr Rücktritt wegen einer grundsätzlichen Frage ist darum für die Labourregierung ein schwerer Verlust, doch muß man sich vor Augen halten, daß ihrem Ausscheiden aus der Regierung keine Auseinandersetzung über einen möglichen Abbau sozialpolitischer Errungenschaften vorausging, sondern eine Kontroverse darüber, wieviel Neues man schaffen könnte.

Noch ein zweiter Rücktritt in diesem Augenblick ist der Regierung recht unangenehm. *Robert Willis*, der in der Lohn- und Preisinstanz das die gewerkschaftlichen Interessen repräsentierende Mitglied war, ist zurückgetreten und hat als Grund mangelndes Interesse der Ressortminister an einer Zusammenarbeit mit dieser Instanz angegeben. Willis kehrt in sein früheres Amt als Generalsekretär der graphischen Arbeiter zurück, von dem er beurlaubt war. An seiner Stelle wurde *Ronald Mathias*, Regionalsekretär des Transportarbeiterverbandes für Südwestwales, berufen.

Zum Jahrestag des Lohnstopps vom Juli 1967 hat eine Gruppe von 70 Labourabgeordneten ein Manifest unter dem Titel „Nie wieder“ herausgegeben, das eine scharfe Kritik an der Deflationspolitik der Regierung darstellt. Die Regierung *Wilson*, wird **doch** ausgeführt, hätte nicht die Stabilität der Währung in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen dürfen. Obwohl das Manifest nicht geradezu eine Pfundabwertung vorschlägt, liebäugelt es doch mit diesem Gedanken. Aber auf eine solche Bahn will sich die Regierung nicht begeben, weil sie sich von einer Devaluierung keine Heilung der Übel verspricht, an denen die britische Wirtschaft krankt.

Hingegen ist der Wunsch, daß es nie wieder zu so scharfen Maßnahmen kommen möge, allgemein, auch wenn er für die einen mehr eine Forderung und für die anderen mehr eine Hoffnung ist. Manche — z. B. *Richard Crossman* — haben im Vorjahr in den getroffenen Maßnahmen etwas anderes sehen wollen als die bloße Reaktion auf einen Notstand. Sie haben behauptet, daß die Regierung nun — vielleicht mehr unbebewußt — Jen Weg zu einer sozialistischen Planung der Einkommenspolitik beschritten habe, von der es keinen Weg zurück zur alten Vertragsfreiheit gebe. Diese Stimmen sind inzwischen verstummt. Wirtschaftsminister *Michael Stewart* hat im Parlament verkündet, daß die Regierung auch ihre wesentlich reduzierten Vollmachten auf diesem Gebiet nur auf ein Jahr verlängert haben möchte und an keine dauernden Vollmachten zur Lenkung der Lohnpolitik denke. Dieser Erklärung ist von keiner Seite widersprochen worden.